

BERLINER RUND SCHAU

Monatszeitung für Berlin

31. Jahrgang • 07. Ausgabe
August / September 2005

Deutschlands Chancen nutzen

Besser für die Menschen.



Nach der Entscheidung des Bundespräsidenten, den Deutschen Bundestag aufzulösen und Neuwahlen für den 18. September anzusetzen, rückt der von den Menschen in diesem Land ersehnte Wechsel in greifbare Nähe.

In den vergangenen 7 Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung Deutschland in eine tiefe Krise gestürzt. Rot-Grün steht für 5 Millionen Arbeitslose, 40.000 Fir-

menpleiten pro Jahr, Rekordverschuldung und einen gewaltigen Vertrauensverlust der Menschen in die Politik.

Die Kanzlerkandidatin der CDU/CSU, Dr. Angela Merkel, verwies auf die überwältigende Wechselstimmung im Land und warb für einen politischen Neuanfang. Gemeinsam mit den Menschen wolle die Union Deutschlands Chancen nutzen. Mit einer Politik für mehr

Wachstum und Beschäftigung könne man die Zukunft unseres Landes sichern. Dafür biete das Unions-Regierungsprogramm eine klare Alternative zu den Arbeitsplatzvernichtungsprogrammen von SPD und Grünen. Ein „weiter so“ wäre verheerend für Deutschland. Rot-Grün hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass es mit dieser Koalition keine verantwortungsvolle Politik geben kann. Selbst

die Beteiligten glauben nicht mehr an die Fortsetzung des rot-grünen „Projekts“.

Die einstmals stolze Volkspartei SPD befindet sich in der Auflösung und zerfleischt sich selbst. Gerhard Schröder bekommt die SPD-interne Debatte über eine große Koalition einfach nicht unter Kontrolle. Denn in der SPD denkt man längst über die Zeit nach Schröder nach: Während mehrere SPD-Minister sich noch einmal in eine große Koalition hinüber retten wollen, träumen andere Sozialdemokraten wie Wowereit von einem rot-roten Bündnis auf Bundesebene. Schröder spielt in diesen Planspielen auf jeden Fall keine Rolle mehr. Und mit einem Sieg bei der Bundestagswahl rechnet man bei der SPD offenbar schon lange nicht mehr. Weitere vier verlorene Jahre kann sich dieses Land nicht leisten. Wenige Wochen vor der Schicksalswahl appellierte Merkel an die Deutschen: „Die Wählerinnen und Wähler haben es am 18. September in der Hand. Gemeinsam können wir dieses Land wieder voranbringen. Eine Fortsetzung von Rot-Grün oder gar eine rot-grüne Koalition darf es dafür aber nicht geben. Deutschland braucht den Wechsel.“

Berliner Positionen zum Regierungsprogramm

„Berlin wird von einer unionsgeführten Bundesregierung profitieren“, sagt der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt.

Am Donnerstag dieser Woche

stellte der CDU-Chef, der zugleich Direktkandidat in Charlottenburg-Wilmersdorf ist, mit den übrigen Berliner Wahlkreiskandidaten Berliner Positionen zum Bundestagswahlkampf vor. Anhand von Einzelpunkten werden konkrete Forderungen für Berlin benannt, die die Chancen des Regierungsprogramms der Union für die Hauptstadt konkretisieren. Unter anderem wies Ingo Schmitt darauf hin, dass Berlin endlich in Gänze auch als administrative Haupt-

stadt verstanden werden muss und sich das Bonn-Berlin-Gesetz jetzt überlebt habe. Außerdem werde sich der Bund, ob mit erfolgreicher Klage vor dem Bundesverfassungsgericht oder ohne, zu seiner Verantwortung bei der Meisterung gerade der teilungs- und vereinigungsbedingten Lasten bekennen müssen.

Ingo Schmitt weiter: „Die Berliner Union setzt sich außerdem für die Optimierung bei Hartz IV ein.“ So hält es die Hauptstadt-CDU etwa für eine Frage der Gerechtigkeit, dass für diejenigen, die seit Jahrzehnten in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, dies auch bei der Bezugsdauer berücksichtigt wird.



Besser für die Menschen.



CDU Landesvorsitzender Ingo Schmitt

weiter Seite 2

Alle
CDU-Kandidaten
Seite 4